

Rote Fahne

ORGAN DER MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS (MLÖ)

Nr. 59

1. Juli 1966

Einzelpreis S 3,-

AUS DEM INHALT

- 3 Das ZK der PdA Albaniens begrüßt die MLÖ
- 4 Grußbotschaften aus Belgien und der Schweiz
- 7 Die Geburt der KP Chinas vor 45 Jahren
- 8 Franco und Spira
- 9 Kampfkationen österreichischer Arbeiter
- 10 Kehrtwendung zur EWG
- 11 Gedanken zu einer Grundsatzklärung

VERSPIERT DEM

HABSBURGER DEN WEG !

Daß die ÖVP gleich nach den Wahlen an die Durchführung ihres wirklichen Programms - das in allen wesentlichen Punkten ihrem Wahlprogramm widerspricht - schreiten wird, war von vornherein klar. Daran hätte auch ein anderer Wahlausgang (ohne VP-Mehrheit) und die Fortsetzung der Koalition mit der SP (mit oder ohne absolute VP-Mehrheit) grundsätzlich nichts geändert, wenn auch die Führer der SPÖ unter dem Druck ihrer Wähler in der einen oder anderen Frage wohl eine etwas kompromißlerischere Lösung ausgehandelt hätten. Daß solche kompromißlerische Lösungen aber nichts am Wesen der Dinge ändern, ebenfalls ganz auf der Linie der Interessen der Kapitalisten und ihrer Parteien liegen und die Interessen der Arbeiterklasse, des ganzen arbeitenden Volkes mit Füßen treten, hat sich immer wieder gezeigt.

Besonders deutlich läßt sich das an der Habsburg-Frage erkennen.

Bekanntlich hat die ÖVP schon im Jahre 1958 unter der damaligen Führung Raabs den ersten offenen Vorstoß in der Habsburgerfrage unternommen. Am 5. Dezember 1958 bezeichnete der damalige ÖVP-Abgeordnete und heutige Außenminister Toncic im Parlament die das Haus Habsburg betreffenden Verfassungsgesetze als "Unrecht" und als "Ausnahmegesetze". Wie in allen anderen Fragen war auch hier die SP-Führung zu einem faulen Kompromiß bereit. Ihr Sprecher, Nationalrat Probst, erklärte:

"Wenn Dr. Otto Habsburg die formelle Verzichtserklärung unterschrieben hat, kann er ohne jede weitere Bedingung nach Österreich kommen."

Und in der "Arbeiter-Zeitung" vom 7. Dezember 1958 schrieb Oscar Pollak, daß

"...die Grundsätze der demokratischen Republik - Meinungsfreiheit und Toleranz - auch gegenüber Dr. Otto Habsburg gelten müssen ... Es wäre durchaus erträglich, ja geradezu erheiternd, ihn etwa als Abgeordneten der ÖVP zu sehen".

Was den damaligen SP-Innenminister Helmer betrifft, stellte sich heraus, daß mit seinem Wissen Rückkehr-Verhandlungen mit dem Habsburger geführt worden waren.

Auch die FPÖ vertrat damals den sogenannten "Rechtsstandpunkt" aller Rechtsstehenden, nämlich, daß alle "Sondergesetze" - als solche bezeichneten die Nazis bekannt-

„WASCH MIR DEN PELZ,

DOCH MACH MICH NICHT NASS !“

oder: DIE "SELBSTBESTEUERUNG" DER "VOLKSVERTRETER"

Auf ihrem niederösterreichischen Parteitag nahm die Führung der SPÖ eine von der ganzen Bevölkerung seit Bestand der Zweiten Republik erhobene Forderung - die Besteuerung der Ministergehälter und der Abgeordnetenbezüge - in ihr Forderungsprogramm auf. Gleich darauf ließ auch die ÖVP durch ihren Finanzminister ankündigen, daß die Schaffung eines diesbezüglichen Gesetzes unmittelbar bevorstehe.

Was war da plötzlich geschehen? In den zwanzig Jahren ihrer offenen Zusammenarbeit lehnten ÖVP- und SPÖ-Führer die vom ganzen Volk geforderte Besteuerung der "Volksvertreter", die nach dem Grundsatz der "Gleichheit aller Staatsbürger" von der Verfassung sogar vorgeschrieben ist, immer wieder einmütig ab. Und jetzt, wo scheinbar die Zusammenarbeit zwischen ÖVP- und SPÖ-Führern zu Ende ist, erklären sich beide Seiten plötzlich einmütig für die Verwirklichung der zwanzig Jahre lang gemeinsam abgelehnten Forderung des Volkes. Warum denn eigentlich?

Offensichtlich wäre ein Gesetz über die Besteuerung der öffentlichen Mandatare ein populäres Gesetz. Und Popularität ist etwas, das beide Parteiführungen jetzt dringender brauchen denn je. Solange die Koalition bestand, und damit für beide Parteiführungen auch die Möglichkeit, die Schuld an unpopulären Maßnahmen von sich abzuwälzen und dem Partner in die Schuhe zu schieben, konnten es sich beide Parteien (solange nicht Wahlen

lich auch die ohnedies unzureichenden Antinazi-Gesetze - und damit auch die Anti-Habsburg-Gesetze beseitigt werden müßten.

Damals gaben die Abgeordneten der KPÖ, die zu dieser Zeit noch im Parlament vertreten war, in ihren Reden der Meinung und den Stimmungen des Volkes zur Habsburgerfrage Ausdruck. Sie enthüllten nicht nur die geheimen volksfeindlichen Pläne der ÖVP und der FPÖ, sie entlarvten auch die der Verwirklichung dieser Pläne förderliche Haltung der SPÖ-Führung. Denn die KPÖ war damals noch nicht offen dem Revisionismus verfallen und konnte daher gegenüber der SPÖ eine unabhängige Haltung einnehmen. Weil sich die KPÖ damals im wesentlichen noch zu revolutionären Auffassungen bekannte, beschränkte sie sich in ihrem Kampf gegen die Rückkehr Ottos nicht auf das offensive Auftreten ihrer Abgeordneten im Parlament. Sie führte diesen Kampf - man kann sogar sagen: vorwiegend - außerhalb des Parlaments. Die gewaltige Massendemonstration vor dem Wiener Konzerthaus anlässlich einer provokanten monarchistischen "Geburtstagsfeier" für Otto war der Höhepunkt dieses Kampfes. Der starke Widerhall dieser Aktionen in der Bevölkerung zwang die SPÖ-Führung damals zu einer Änderung ihrer Taktik und die ÖVP zu einem zeitweiligen Verzicht auf die Durchführung ihrer Habsburg-Pläne.

Es ist sicher kein Zufall, daß die ÖVP vor zwei Jahren mit einer neuen Offensive in der Habsburg-Frage zu einer Zeit einsetzte, in der sie hoffen konnte, daß die KPÖ die Abwehrkräfte des österreichischen Volkes nun nicht mehr so energisch mobilisieren werde wie in den Jahren 1958/59. Dabei spekulierte die ÖVP weniger auf den Umstand, daß die KPÖ jetzt nicht mehr im Parlament vertreten war, als darauf, daß sie nun - 1964 - bereits alle Anzeichen revisionistischer Degeneration zeigte und daß sie ihre kämpferische Haltung den SP-Führern gegenüber schon aufgegeben hatte, wodurch auch mit einer noch kompromißbereiteren Haltung der SP-Führung selbst gerechnet werden konnte.

Die nächsten Schritte auf dem Weg der Wiedereinschleppung der Habsburger nach Österreich folgten nach einem genauen Plan. Zunächst tat Otto Habsburg genau das, was Nationalrat Probst als ausreichende Bedingung für die Rückkehrbewilligung bezeichnet hatte: Er unterzeichnete eine formelle "Verzichtserklärung". Was von dieser Erklärung zu halten war, hatte Otto bereits selbst in einem Interview enthüllt, das er am 20. Dezember 1958 der französischen Zeitung "Paris Match" gegeben hatte. Auf die Frage, ob er sich auch nach seiner Rückkehr nach Österreich an den Thronverzicht halten werde, antwortete Otto:

"Ja, denn so will es das Gesetz. Wenn ich aber zurückgekehrt und ein einfacher Staatsbürger geworden bin, wer soll mich dann daran hindern, politisch für meine Idee zu kämpfen, und welches Gesetz könnte dann die Staatsbürger davon abhalten, mich zum Kaiser zu wählen?"

Die solcherart zu einer unehrlichen Farce gemachte "Verzichtserklärung" benützte die ÖVP sogleich zu einem neuen, frecheren Vorstoß. Die Führer der SPÖ antworteten nicht,

(Fortsetzung auf Seite 5)

unmittelbar bevorstanden) leisten, gemeinsam eine unpopuläre Politik durchzuführen und nur während des Wahlkampfes durch gegenseitige Beschuldigungen und Selbstbeweihräucherungen um die Gunst der Wähler zu werben. Durch den Hinauswurf der SP-Führer aus der Regierung hat sich da etwas geändert. Jetzt trägt die ÖVP in den Augen der meisten Wähler allein die Verantwortung für alle unpopulären Maßnahmen, - für alle bereits beschlossenen und alle noch geplanten. Umso dringender brauchen die ÖVP-Führer daher auch Maßnahmen, die sie in der Durchführung ihres politischen Konzeptes nicht behindern, die sie selbst nichts kosten, die aber - laut hinausposaunt und gebührend in die Länge und Breite geredet - den schwindenden Popularitätsvorrat auffüllen könnten.

Für die SP-Führer dagegen genügt es nicht, um ihre "oppositionelle" Rolle möglichst glaubhaft zu machen, bei jeder unpopulären Maßnahme bloß ihre Hände in Unschuld zu waschen und die Alleinschuld der ÖVP-Regierung zuzuschieben. Denn die Mitglieder und Wähler stellen ja an ihre Parteiführer die Frage: "Und was tut Ihr gegen die ÖVP-Politik, außer reden?" Das tatenlose Zusehen

Weiter auf Seite 5



Habsburg - das ist der Krieg

RADIOGRAMM

Tirana, 26.5.1966

An die

Organisation der Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ)

W i e n Österreich

Liebe Genossen !

Mit außerordentlicher Freude empfangen wir die Nachricht von der Gründung der Organisation der österreichischen Marxisten-Leninisten. Die albanischen Kommunisten erachten das als ein bedeutendes Ereignis und als einen Schritt vorwärts zur Erfüllung der großen Aufgabe im Interesse der österreichischen Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes, die Ihr Euch gestellt habt - zur Gründung einer wirklich revolutionären marxistisch-leninistischen Partei.

Im Namen des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, der albanischen Kommunisten und des albanischen Volkes wünschen wir Euch neue Erfolge und Siege in Eurem ehrenvollen Kampf zur Verteidigung der Interessen des arbeitenden Volkes gegen Imperialismus, Unterdrückung und Ausbeutung, sowie zur Verteidigung der Reinheit und des Triumphes der Ideen des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen die modernen Revisionisten, welche die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes seit langer Zeit verraten.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die österreichischen Marxisten-Leninisten in Ehren ihre Pflicht gegenüber ihrem Volk und gegenüber der internationalen kommunistischen Bewegung erfüllen werden und versichern Euch der uneingeschränkten Solidarität seitens unserer Partei.

Im Namen des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens

Enver Hoxha

Erster Sekretär des ZK der PdA Albaniens

DAS ANTWORT-TELEGRAMM DER MLÖ

In seiner Funktion als Obmann der MLÖ sandte Genosse Franz Strobl an das Zentralkomitee der PdA Albaniens das folgende Antwort-Telegramm:

Eure Worte der Solidarität und Anerkennung erfüllen uns mit Freude und Stolz. Sie sind uns Hilfe und Ansporn im Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus, für die große Sache des Kommunismus.

F.d.Org. der Marxisten-Leninisten Österreichs
Franz Strobl, Obmann.

★

"ZERI I POPULLIT", das Zentralorgan der albanischen Kommunisten, berichtete am 25. Mai 1966 in einem Zweispaltenartikel über die erfolgte Gründung der MLÖ.

★

Parti Communiste de Belgique

COMITE CENTRAL

65, Rue des Palais, Bruxelles 3

Tél. : 15.89.87
15.89.88

14. Juni 1966

An die
Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ)

Liebe Genossen!

Wir begrüßen wärmstens die Gründung der Organisation der Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ), die einen großen Schritt vorwärts bedeutet, eine qualitative Änderung in der Wiederzusammenfassung der Marxisten-Leninisten Eures Landes mit dem Ziel der Wiedergründung einer wirklich revolutionären marxistisch-leninistischen Partei.

Wir wünschen Euch neue Erfolge in dem Kampf, den Ihr führt für die Interessen der Arbeiter, gegen den Kapitalismus, gegen die Imperialisten, die den amerikanischen Imperialismus, den Feind Nummer Eins der Völker der ganzen Welt zum Chef haben, gegen den sozialdemokratischen Reformismus und gegen den modernen Revisionismus, diese zwei sozialen und politischen Stützen des Kapitalismus, diese Kollaborateure des amerikanischen Imperialismus.

Indem Ihr Euch darauf vorbereitet, Eure Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus neu zu schaffen, erhebt Ihr die revolutionäre proletarische Rote Fahne, die Fahne des Kampfes der arbeitenden Massen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die Fahne des proletarischen Internationalismus und des Sozialismus, die Fahne des Marxismus-Leninismus.

Wir senden Euch, liebe Genossen, die brüderlichen Grüße der Kommunistischen Partei Belgiens.

Für das Politische Büro der
Kommunistischen Partei Belgiens
Jacques Grippa
Sekretär des Zentralkomitees

oktober

périodique du centre lénine
organisation des marxistes-léninistes
de Suisse

Rédaction, administration, Case postale 278

1000 Lausanne 9

CCP 10-6895

31. Mai 1966

An die
Organisation der
Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ)

Liebe Genossen!

Wir senden Euch die besten Grüße und Glückwünsche anlässlich Eurer erfolgten Konstituierung.

Sie ist ein großer Schritt vorwärts und ein bedeutender Erfolg auf dem Weg der österreichischen Arbeiterklasse zum Sozialismus.

Im Namen der Organisation der Kommunisten der Schweiz

P. Moser

AUS DEN BESCHLÜSSEN DER GRÜNDUNGSKONFERENZ:

MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS
Wien 15, Goldschlagstraße 64/5

An den
Bürgermeister
der Stadt Wien

An den
Bezirksvorsteher
von Favoriten

Die soeben konstituierte Leitungskörperschaft der Organisation MLÖ (Marxisten-Leninisten Österreichs) übersendet Ihnen in der Anlage einen einstimmig angenommenen Antrag der Gründungskonferenz der MLÖ vom 1. Mai 1966.

"Am GÖC-Bau in Wien 10, Laxenburger Straße 49, soll zur Erinnerung an den österreichischen Antifaschisten Ernst Kirchwegger, der in diesem Hause gewohnt hat und am 31. März 1965 durch einen faschistischen Schläger ermordet wurde, eine Gedenktafel angebracht werden. Ein diesbezüglicher Antrag soll bei der Favoritner Bezirksvorstehung und bei der Gemeinde Wien gestellt werden."

Wir ersuchen, den Antrag zur Kenntnis zu nehmen und so rasch wie möglich einen Durchführungsbeschluss zu fassen. Nicht nur im Interesse der antifaschistischen Aufklärung und Erziehung der österreichischen Bevölkerung, sondern als Zeichen des Protestes gegen alle faschistischen Umtriebe, die das Ansehen unseres Landes im In- und Ausland gerade in letzter Zeit schwer geschädigt haben, halten wir die Erfüllung unseres Vorschlages für eine notwendige und selbstverständliche Maßnahme.

Im Auftrag des Büros der MLÖ:

Alfred Jocha

Repressalien in Belgien

Die Kommunistische Partei Belgiens (M. L.) veranstaltete am 7. Juni eine Demonstration im Stadtzentrum von Brüssel, an der mehr als 400 Kommunisten teilnahmen. Der Protestmarsch richtete sich gegen die Verlegung des NATO-Hauptquartiers nach Belgien, gegen die Atomaufrüstung Westdeutschlands und gegen den verbrecherischen Krieg der USA in Vietnam. Die Demonstranten nannten Johnson einen Mörder. Diese "Beleidigung" ihres Herrn und Gebieters nahm die belgische Polizei zum Anlaß, 12 Funktionäre der KPB(ML), darunter Genossen Grippa, zu verhaften. Sofort nach Bekanntwerden dieser Repressalien gegen unsere belgischen Kampfgenossen richtete das Sekretariat der MLÖ folgendes Protesttelegramm an die belgische Botschaft in Wien:

"Wir erheben schärfsten Protest gegen die Verhaftung des Parteivorsitzenden Grippa und weiterer 11 führender Genossen der KPB(ML) und fordern deren sofortige Freilassung. Wir werden weitere Maßnahmen ergreifen."

Unter dem Druck einer massiven Protestbewegung mußten die belgischen Behörden die Inhaftierten inzwischen wieder freilassen.



Fortsetzung von Seite 2

der SP-Führung, ihr ängstliches Bestreben, Klassenkämpfe zu vermeiden, und ihre Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der ÖVP in den verschiedensten Körperschaften (Paritätische Kommission, Landesregierungen, Gemeinderäte, ÖGB usw.) sind nicht dazu angetan, die - wie das letzte Wahlergebnis zeigte - stark ramponierte Popularität der SP-Führer wiederherzustellen. Sie greifen daher, ebenso wie die ÖVP-Führer, heute mehr denn je zum Mittel der Demagogie. Sie erheben jetzt wohlklingende Forderungen - auch solche, die sie selbst zwanzig Jahre lang gemeinsam mit der ÖVP abgelehnt hatten -, ohne freilich gewillt zu sein, den zur Durchsetzung dieser Forderungen notwendigen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren. Aus diesen demagogischen Gründen fordern sie also plötzlich auch die Besteuerung der Minister- und Abgeordnetenbezüge, um den Mas-

BESTELLEN SIE BITTE
PROBENUMMERN DER
"ROTEN FAHNE"
ÜBER DIE TEL. NUMMER

92-10-672



sen Sand in die Augen zu streuen und von den zahllosen höchst unpopulären Maßnahmen abzulenken, die sie allerorten vorbereiten und durchführen.

Wenn sowohl ÖVP- als auch SPÖ-Führer solcherart nun auch etwas in ihr "Programm" genommen haben, was sie zwei Jahrzehnte lang so standhaft ablehnten, könnte man sagen: Sie haben zwar lange dazu gebraucht, aber besser spät als nie. Man könnte das sagen, wenn es den beiden großen Parteien wirklich um die Beseitigung eines Privilegs der "Volksvertreter" dem von ihnen vertretenen Volk gegenüber gehen würde, wenn sie tatsächlich den Grundsatz "gleiches Recht für alle Staatsbürger" in der Steuerfrage verwirklichen wollten. Aber es geht ihnen gar nicht darum! Denn sie verkündeten sofort, daß gleichzeitig mit dem Beschluß, die Minister- und Abgeordnetenbezüge zu besteuern, auch eine Erhöhung dieser Bezüge im Ausmaß der Steuerabzüge beschlossen werden soll. Man nimmt den "Volksvertretern" aus der linken Tasche etwas heraus und präsentiert es triumphierend dem Volk, während der selbe Betrag (oder auch ein wenig mehr) auf der rechten Seite sofort wieder

(Fortsetzung von Seite 2)

indem sie an das Volk appellierten, von dem nach dem Wortlaut der Verfassung ja alles Recht ausgeht, sondern wandten sich an den Verfassungsgerichtshof. Der Habsburger aber mobilisierte für sich den Verwaltungsgerichtshof. Gestützt auf die dort sitzenden Reaktionäre erreichte er eine Entscheidung, die jener des Verfassungsgerichtshofs widersprach. Damit hatte er ein weites Feld juridischer Machinationen gewonnen: Einerseits war nun das, was in Wahrheit ein eminent politisches Problem war, zu einer Doktorfrage beamteter "Gesetzesausleger" und zu einem Instanzenstreit verniedlicht worden, andererseits aber war von vornherein klar, daß bei den widersprüchlichen Entscheidungen der zwei Obersten Gerichtshöfe der Republik schließlich die für den Kaisersproßling günstigere als maßgeblich anerkannt würde. Daß eine solche Situation überhaupt eintreten konnte, war das unmittelbare Ergebnis der Politik der SP-Führer.

In ihrem jämmerlichen Bestreben, die Rückkehr des Republikfeindes Nummer Eins mit ausschließlich parlamentarischen und verhandlungstaktischen Mitteln bzw. mit Appellen ans Gericht zu verhindern, vermied es die SP-Führung ängstlich, das Volk, die Arbeiterklasse, in den Kampf zu führen. Sie verbündete sich lieber mit den Reaktionären der FPÖ zu einem Scheinkampf gegen die Reaktionäre der ÖVP, versuchte also den Teufel mit dem Beelzebuben auszutreiben. Das tat der ÖVP natürlich nicht weh, aber es half, den Neonazis den trügerischen Anstrich "guter Republikaner" und "echter Demokraten" zu verleihen. Das Produkt dieser Politik der Ersetzung des Klassenkampfes durch parlamentarisches Intrigenspiel war ein neuerliches faules Kompromiß, mit dem die SPÖ faktisch den Standpunkt der ÖVP als formalrechtlich einwandfrei anerkannte: Die gemeinsam mit der FPÖ beschlossene vieldeutige Erklärung, die Einreise des Habsburgers sei "unerwünscht". Was sollte das heißen? Seiner demagogischen Form entkleidet, bedeutete das die praktische Anerkennung des Rechtes auf die Rückkehr Ottos. Auch das mit Zustimmung der ÖVP beschlossene Gesetz, daß in allen künftigen Fällen das Habsburger-Gesetz in der selben Art wie bisher anzuwenden sei, war ein Betrug an der Öffentlichkeit, denn es bedeutete die Anerkennung aller von der ÖVP schon geschaffenen vollendeten Tatsachen, mit denen das Habsburger-Gesetz ausgehöhlt und umgangen worden war. So "wie bisher" weiterzumachen, konnte nur zur Einbürgerung des "Thronprätendenten" und zur Auslieferung eines gigantischen Vermögens an ihn führen.

So halfen die SPÖ-Führer mit, das Damokles-Schwert der Rückkehr des Habsburgers immer drohender über die Republik zu hängen, so haben sie die gegenwärtige Situation in der Habsburgerfrage möglich gemacht und vollverantwortlich mitverschuldet. Die SPÖ-Führer haben durch ihr Paktieren mit der ÖVP innerhalb der Koalition den reaktionärsten Kräften in dieser Partei den Weg freigemacht, sodaß diese sich heute schon offen zur Einschleppung des Habsburgers bekennen können. Sie haben durch ihr Paktieren mit der FPÖ diese reaktionäre neofaschistische Partei aufgewertet, mit dem Ergebnis, daß sich diese jetzt demonstrativ und offen auf die Seite der Mehrbietenden, der ÖVP und Habsburgs, geschlagen hat.

Die SPÖ-Politik des "Ausspielens" der FPÖ gegen die ÖVP, die zur Zersplitterung der reaktionären Kräfte führen sollte, hat zu ihrer beiderseitigen Stärkung und Annäherung, im Falle des Habsburgers sogar zu ihrer offenen Verbrüderung geführt.

Jetzt ist es so weit. Mit der Ausstellung des mit keinerlei Sperrklausel versehenen Reisepasses für Otto Habsburg konnte der ÖVP-Innenminister Hetzenauer jetzt den Tupfer auf ein unheilvolles "I" setzen, das die Handschrift bei der großen Parteien verrät. Die Rückkehr Ottos kann jetzt täglich und stündlich erfolgen. Daran ändert auch seine angebliche Äußerung, er werde von seinem Einreise-recht vorläufig keinen Gebrauch machen, nicht das Geringste. Die Verbreitung dieser Äußerung hat einen eindeutigen Zweck: Einerseits soll sich das österreichische Volk an den Gedanken gewöhnen, daß der Habsburger eben eines Tages doch zurückkehren werde, andererseits sollen die SP-Führer die Möglichkeit haben, die begreifliche Erregung der Bevölkerung mit dem "Argument" aufzufangen: "Wozu sich aufregen, solange der Habsburger noch nicht da ist?" Damit soll eine breite Kampfbewegung der Volksmassen - das einzige Mittel, das den Habsburger noch vertreiben kann - verhindert werden.

Man muß sich fragen, was die ÖVP in der Habsburg-Frage zu solcher Eile veranlaßt hat. Kaum 3 Monate nach den Wahlen die Wahlversprechen so rücksichtslos zu brechen, noch dazu in einer Frage, in der Hunderttausende der eigenen Anhänger und Wähler vor den Kopf gestoßen werden, ist sogar für die ÖVP ein gewisser Rekord. Warum also die Eile?

Der ÖVP geht es in der Habsburgfrage offenbar nicht nur - und vielleicht nicht einmal in erster Linie - um die Rückkehr Otto Habsburgs. Für sie ist die Habsburg-Frage vor allem eine Kraftprobe und soll ihr den Beweis liefern, daß sie in dieser und in allen anderen Fragen jetzt auf Ganze gehen kann. Darin liegt die unmittelbarste Bedeutung der Habsburg-Frage: Wenn es der österreichischen Reaktion - die, repräsentiert durch die ÖVP und die FPÖ, gerade in der Habsburg-Frage einen so auffallend einheitlichen Standpunkt zeigt - gelingt, in dieser Frage dem österreichischen Volk ihren Willen aufzuzwingen, dann wird sie umso hemmungsloser an die Durchsetzung ihres gesamten volksfeindlichen Programms schreiten: an den EWG-Anschluß, an die Zertrümmerung des Miesterschutzes, an die sprunghafte Verschärfung der Ausbeutung durch Entfesselung einer Lawine von Preis- und Tarifierhöhungen, an die systematische Einschränkung aller demokratischen Freiheiten, an die schrittweise Faschisierung.

Gegen diese Gefahr gibt es nur ein einziges wirksames Mittel: den Kampf der Volksmassen. Nichts fürchtet die Reaktion mehr als diesen Kampf. Nur die Angst vor ihm nötigt ihr Konzessionen ab, nur in diesem Kampf ist sie zu schlagen. Umgekehrt ermutigt sie jedes Zurückweichen zu neuen, frecheren Vorstößen, bis sie es schließlich wagen kann, zum letzten Schlag auszuholen. So ging die 1. österreichische Republik zugrunde. Wenn die 2. Republik nicht ein ähnliches Schicksal erleiden soll, dann müssen sich die

in die Taschen der "Besteuerten" hineingestopft wird. Anders ausgedrückt: Bisher zahlten die Minister und Abgeordneten keine Steuer - jetzt soll sie für sie der Staat zahlen.

Mit dem von der Verfassung geforderten Grundsatz "Gleiches Recht für alle" hat das nicht das Geringste zu tun. Denn die Arbeiter und Angestellten müssen ihre Steuern und Abgaben immer und bis auf den letzten Groschen selbst bezahlen. Wenn sie sich als Ausgleich für die Erhöhung der Lebenshaltungskosten Lohn- und Gehaltsnachziehungen ertrotzen, dann zieht man ihnen davon in Form von erhöhter Lohnsteuer gleich einen beträchtlichen Teil (bis 25 %) wieder ab. Bisher ist noch nie jemand auf die Idee gekommen, den Arbeitern und Angestellten diese Einbußen zu ersetzen.

Aber das ist noch nicht alles. Das Getue, das man um die "Besteuerung" der Abgeordneten und Minister macht, erweckt den Anschein, als ob die Besteuerung ihrer öffentlichen Bezüge die materiellen Grundlagen ihrer Existenz berühren würde. Dabei ist es in Wirklichkeit so, daß diese Bezüge für die meisten Mandatäre nur ein Nebeneinkommen sind, weil ja die meisten von ihnen gleichzeitig mehrere lukrative Posten in der Wirtschaft bekleiden. Die Steuerzahlung wäre daher in den meisten Fällen für sie sowieso nur ein abverlangtes Trinkgeld gewesen. Wie man sieht, werden sie sich sogar um die Bezahlung dieses Trinkgeldes aus der eigenen Tasche drücken. Auch ihre "Steuerzahlung" gehört zum Kapitel "Werbekosten" (lies: Reklameaufwand) und wird auf Heller und Pfennig ersetzt. Und diese gleichen Leute wagen es dann, der arbeitenden Bevölkerung zu predigen, daß alle dem "Staat" und der "Wirtschaft" zuliebe Opfer bringen müssen.

So zeigt sich auch in dieser verhältnismäßig unbedeutenden Frage die ganze Verlogenheit der bürgerlichen Demokratie und ihrer höchsten Repräsentanten.

Die Arbeiter und Angestellten aber müssen sich bei den kommenden Lohn- und Gehaltsnachziehungen an das Vorbild der "Volksvertreter" halten und volle Abgeltung nicht nur für die Teuerung, sondern auch für die erhöhten Steuerabzüge fordern und durchsetzen!

Volksmassen rechtzeitig zum Widerstand sammeln. Sie dürfen sich dabei nicht auf die SP-Führer verlassen, die zu hundert faulen Kompromissen, aber zu keinem ernstesten Kampf bereit sind. Sie können sich aber auch nicht mehr auf die Führung der KPÖ verlassen, die mit ihren revolutionären Grundsätzen auch ihre Unabhängigkeit gegenüber der SPÖ aufgegeben hat.

Die arbeitenden Massen können sich nur auf ihren eigenen außerparlamentarischen Kampf verlassen. Nur im Vertrauen auf ihre eigene Kampfkraft und nur in der Anwendung dieser Kraft liegt die Hoffnung auf die Rettung der Republik vor der vereinigten ÖVP-FPÖ-Habsburg-Reaktion.

A.F.

1. Juli - 45 Jahre KP Chinas

An einem ruhigen See in Chiahing in der Provinz Chekiang in Volkschina bestaunen in diesen Tagen zahllose Menschen die Nachbildung eines kleinen Fährbootes, an dessen Bord vor nunmehr 45 Jahren die KP Chinas, die größte kommunistische Partei der Welt, gegründet wurde. Da das Originalboot in den Jahren des Krieges verlorengegangen war, hatte man es nach dem Sieg der chinesischen Revolution 1949 mit strenger Originaltreue nachgebaut.

Der Gründungskongreß der KP Chinas hatte zunächst - in tiefster Illegalität - in einem Haus in der Shu-Teh-Gasse in Shanghai begonnen, in dem Viertel, das damals zur französischen Konzession gehörte. Unter den Delegierten befanden sich die Genossen Mao-Tse-tung, und Tung Pi-wu als Vertreter kleiner, weit verstreuter Gruppen von Kommunisten. Als die Tagung schon begonnen hatte, kam plötzlich ein Unbekannter in den Raum. Gefragt, was er wolle, nannte er bloß einen Namen und zog sich rasch zurück. In der Überzeugung, daß es möglicherweise ein Spitzel sein könnte, brachen die Delegierten ihre Tagung sofort ab und verließen das Haus. Später erfuhren sie, daß knapp nach ihrem Verschwinden schon zwei Autos der Polizei der französischen Konzession am Ende der Gasse auftauchten. Polizisten umzingelten und durchsuchten das Haus, aber sie

landen die Räume leer.

Fünf Tage danach nahmen die Delegierten ihre Tagung wieder auf. Diesmal benützten sie ein Mietboot auf dem Südsee unweit Shanghais. Während das Boot langsam über den See gestakt wurde, hielt ständig ein Genosse Ausschau, um vor auftauchenden Gefahren rechtzeitig warnen zu können. So wurde auf dem Boot ein Parteistatut beschlossen und eine Leitung gewählt. Damit war die KP Chinas geboren.

Am Gründungskongreß der KP Chinas nahmen nur 12 Delegierte teil. Sie vertraten eine Zahl von insgesamt 57 Parteimitgliedern. Bis zum 2. Parteitag der KP Chinas, der ein Jahr später in Shanghai stattfand, stieg die Mitgliederzahl auf 123 an. Aber der 7. Parteitag, der wenige Monate vor der japanischen Kapitulation in Yenan abgehalten wurde, war bereits von den Vertretern 1,210.000 Mitgliedern beschickt. Unter der Leitung der KP Chinas hatte das chinesische Volk damals bereits 19 Befreite Gebiete mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 95 Millionen Menschen, eine 910.000 Mann starke Volksbefreiungsarmee und eine Volksmiliz von 2,2 Millionen Köpfen geschaffen. Zur Zeit des 8. Parteitags erreichte die Mitgliederzahl der KP Chinas 10,730.000. Geleitet von der KP Ch hatte das chinesische Volk nun ganz China (außer Formosa) befreit. Auf diesem hi-

storischen Parteitag erklärte Genosse Mao Tse-tung, daß die KP Chinas eine "große marxistisch-leninistische Partei ist, die ihre politische Matura erfolgreich abgelegt hat... Sie ist das Herz des Zusammenschlusses des ganzen Volkes zum Aufbau des Sozialismus." Seit dem 8. Parteitag ist die Kraft der KP Chinas weiter stürmisch gewachsen.

L. Ch.

Am 1. Juni 1966 starb Genosse Mervin Williams, der Vorsitzende der KP Neuseelands, an den Folgen allzulanger Überbelastung in einem restlos der revolutionären Sache gewidmeten Leben. Daß die KP Neuseelands allen revisionistischen Versuchen und Unterminierungsversuchen so bewundernswert widerstand, war im besonderen auch ein Verdienst des Genossen Williams und macht den Enthusiasmus verständlich, mit dem er auf dem 21. Parteitag der KP Neuseelands im April d. J. einstimmig zu ihrem Vorsitzenden wiedergewählt wurde.

Die MLÖ übermittelte dem Generalsekretär der KPN, Genossen Wilcox, nach Eintreffen der traurigen Nachricht die folgende Kondolenzbotschaft:

Werte Genossen!

Mit Erschütterung vernehmen wir die Nachricht vom Ableben Eures Vorsitzenden, des Genossen Mervin Williams, dieses hervorragenden Marxisten-Leninisten und bewundernswerten Kämpfers gegen Imperialismus und Revisionismus. Nehmt bitte die Versicherung unseres tiefen Mitgefühls und brüderlicher Anteilnahme entgegen.

Sekretariat der
M.L.Ö.



Solidarität mit den Genossen in den Kerkern Francos!

Von den Genossen der Kommunistischen Partei Spaniens (ML), die in tiefster Illegalität leben, erhielt das Sekretariat unserer Organisation kürzlich auf Umwegen die in dem nebenstehenden Flugblatt enthaltene erschütternde Botschaft.

Der Brief unserer kämpfenden und leidenden spanischen Brüder war für uns verpflichtend, im Rahmen unserer Möglichkeiten Solidarität zu üben, vor allem aber die österreichische Öffentlichkeit, insbesondere alle Menschen, die an den Problemen des antifaschistischen Kampfes in Spanien besonderen Anteil nehmen, zu informieren.

Die naheliegendste und günstigste Möglichkeit dazu bot die für den 9. Juni 1966 im Wiener Kongreßsaal anberaumte Solidaritätskonferenz der österreichischen Freiwilligen in der spanischen Republik 1936-1939.

Der Sprecher der nicht unbedeutenden Gruppe ehemaliger Spanienkämpfer, die es innerhalb der MLÖ gibt, Genosse Franz Krenn, erkundigte sich zuerst bei den Veranstaltern der Konferenz, ob sie selbst die aus Spanien eingetroffene Erklärung in der Versammlung bekanntgeben wollten. Da dieses Ansuchen auf Betreiben revisionistischer Elemente merkwürdigerweise abgelehnt wurde, beschloß die Gruppe der Spanienkämpfer in der MLÖ ein mit einer kurzen Einleitung versehenes Flugblatt (siehe nebenstehendes Faksimile!) mit dem Text der Erklärung der KP Spaniens (ML) herzustellen und bei der Solidaritätskonferenz zu verteilen. Das geschah denn auch.

„An die Wand gestellt ...“

Das Flugblatt fand bei den Teilnehmern der Kundgebung großen Anklang. Einigen Revisionisten aus dem Zentralkomitee der KPÖ, insbesondere dem ZK-Mitglied Leopold Spira, mißfiel aber eine solche Solidaritätsaktion und ihr Echo. Deshalb eilte er zu den Veranstaltern und erreichte, daß das Austeilen des Solidaritätsflugblattes in den Räumlichkeiten untersagt wurde. Unsere Genossen setzten daraufhin das Verteilen vor dem Gebäude fort. Aber es dauerte nicht lange, als schon wieder Herr Spira gelaufen kam, um unsere Genossen am Verteilen zu hindern, ihnen Flugzettel aus der Hand riß, ja sogar tätlich zu werden suchte. Da es unsere Genossen unter

Weiter nächste Seite

KAMERADEN !!

Wir begrüßen die Solidaritätskonferenz der österreichischen Freiwilligen in der spanischen Republik 1936 - 1939 und wünschen ihr von ganzem Herzen einen vollen Erfolg!

Die Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten), die unter den schwierigsten illegalen Verhältnissen kämpft, übersandte uns nachstehenden Brief mit dem Ersuchen, ihn zu veröffentlichen, damit auch die österreichischen Arbeiter an der Solidaritätsbewegung zur Rettung der von der Franco-Justiz bedrohten Kämpfer teilnehmen.

Wir sind überzeugt, daß Dich als aktiven Teilnehmer am spanischen Freiheitskampf dieses Schreiben besonders interessieren wird und daß auch Du nach besten Kräften Deinen Beitrag für den Kampf um die Rettung von Männern, die heute den Kampf fortsetzen, leisten wirst!

Für die
MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS
(MLÖ)

die am spanischen Freiheitskampf 1936 - 1939
teilgenommen haben:
i.V.

Franz Krenn

Franz Krenn

ERKLÄRUNG DES EXEKUTIV-KOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI SPANIENS (MARXISTEN-LENINISTEN)

Die Politisch-Soziale Brigade unter der Befehlsmacht des nordamerikanischen Imperialismus und seiner Marionette Francisco Franco hat in Madrid am 3. April unseren Genossen Paulino Garcia Moya, einen revolutionären Kampfveteranen, verhaftet, der in den Reihen des "Ejercito Popular" (Volksheer) gekämpft hat und nachher im Jahre 1946 und 1953 gefangengenommen und gefoltert wurde. Paulino Garcia Moya, der lange Jahre in den Kerkern der Diktatur verbrachte, ist ein Genosse, der berechtigterweise in den Reihen der spanischen patriotischen Kräfte großes Ansehen besitzt und die Freundschaft und tiefe Achtung aller seiner Kameraden genießt. Er verdankt dies seiner gänzlichen Hingabe, seinem bolschewistischen Wesen, seiner unerschütterlichen Standhaftigkeit bei der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes, seiner totalen und vorbehaltlosen Bereitschaft zum Kampf für nationale Unabhängigkeit und für die Souveränität des spanischen Volkes und gegen die Yankeeherrenschaft über unser Land.

Zugleich mit Genossen Paulino Garcia Moya sind noch mehrere andere Kämpfer und Sympathisierende sowie auch einfache Mitglieder patriotischer Massenorganisationen verhaftet worden.

Die tollsten Hunde der yankee-faschistischen Polizei haben sich mit unerhörter Brutalität auf diese tapferen Spanier gestürzt, die ihre Heimat verteidigten und deswegen eingekerkert und gefoltert wurden - einige von ihnen wochenlang - und deren Leben in Gefahr ist.

Die yankee-faschistische Diktatur hat sie 18 Tage lang in Geheimhaft gehalten und bereitet sich jetzt darauf vor, den Genossen Paulino Garcia Moya zu mehrjährigem Kerker zu verurteilen, nachdem sie den Genossen José Delgado ermordet und den Genossen José Pérez Miranda zu mehr als 12 Jahren Haft verurteilt hat. Es ist unbedingt notwendig, daß alle nationalen Kräfte Spaniens und die demokratischen Organisationen der ganzen Welt eine gewaltige Protestkampagne gegen die abscheulichen Grausamkeiten der Yankee-Faschisten organisieren.

Die wilde und grausame Verfolgung, die das Franco-Regime und seine amerikanischen Herren in den letzten 17 Monaten seit der Wiedergründung unserer Partei gegen sie betrieben haben, ist ein verständlicher Beweis dafür, daß die Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) die Vorkämpferin im nationalen anti-amerikanischen Kampf für die Befreiung des Vaterlandes ist; daß sie die Partei ist, die am klarsten und konsequentesten den amerikanischen Imperialismus als den Hauptfeind unseres Volkes und Franco als eine Vogelscheuche, als Werkzeug in den Händen der nordamerikanischen Multimillionäre entlarvt hat.

Diese grausame Verfolgung hat in den letzten Monaten zugenommen. Das yankee-faschistische Regime durchläuft in Wirklichkeit eine Verhärtungsperiode und nicht, wie die Lügenpropaganda des Informationsministers Fraga Iriberna und seine Helfershelfer, die Revisionisten, behaupten, eine Periode der "Liberalisierung". In Spanien, ebenso wie in den anderen vom Yankee-Imperialismus beherrschten Ländern, beginnt die Unterdrückung und der Terror gegen Demokraten und Patrioten wieder zuzunehmen.

Während der vergangenen Monate hat unsere Partei eine ganze Reihe verleumderischer und beleidigender Angriffe auf allen Gebieten erfahren. Wir haben die Beantwortung solcher niedriger Verleumdungen immer als unnötig erachtet. Da sie von Kreisen wie Revisionisten, Trotzlisten und prinzipienlosen Opportunisten stammen, haben diese Beleidigungen in den Reihen unserer Partei auch keinen Widerhall gefunden. Wenn wir sie heute erwähnen, so tun wir dies deshalb, weil die ernstesten Beleidigungen gegen unseren Genossen Paulino Garcia Moya gerichtet wurden, weil er in den Haßreden unserer Feinde mit den gemeinsten Angriffen bedacht wurde. Unsere Antwort darauf ist folgende: seine unbezwingliche revolutionäre Überzeugung hat sich auch durch die Folterungen nicht beugen lassen. Aus seinem Munde kam nie ein einziges Wort, das die Partei, einen anderen Genossen oder einen anderen Patrioten gefährden könnte.

Die Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) grüßt ihre eingekerkerten Genossen und ruft zur nationalen Mobilisierung zur Befreiung von Paulino Garcia Moya und seiner eingekerkerten Kameraden auf.

Madrid, am 1. Mai 1966

Das Exekutivkomitee der
KOMMUNISTISCHEN PARTEI SPANIENS
(Marxisten-Leninisten)

ihrer Würde fanden, mit gleicher Münze zurückzuzahlen und dem Störfried den Rücken kehrten, verlor dieser endgültig alle Beherrschung und geriet derart in Wut, daß er unseren Genossen zuschrie:

"SOLCHE WIE IHR, DIE HABEN WIR IN SPANIEN AN DIE WAND GESTELLT!"

Wir sind nicht ängstlich und fürchten weder Beschimpfungen noch Drohungen. Aber die Bemerkung, die Leopold Spira da plötzlich entfahrent ist, interessiert uns in höchstem Maße! Wenn wir nach Spiras Meinung "an die Wand gestellt" gehören, weil wir ein Flugblatt verteilten, das rein informatives Tatsachenmaterial enthält und eigentlich nur einen Solidaritätsaufruf für vom Franco-Faschismus inhaftierte Genossen enthält, dann ist klar, daß Elemente wie er mit Hinrichtungen verdammt schnell zur Hand sind, wo ihnen jemand zu widersprechen wagt! Und mit allem Nachdruck muß man Spira fragen:

"Welche Hinrichtungen waren das,

an denen teilgenommen zu haben, Du Dich solcherart rühmst? Das Leben welcher Genossen wurde so ausgelöscht? Mit welcher Begründung sind die von Dir erwähnten Hinrichtungen erfolgt? Wer außer Dir hat sie unterstützt bzw. angeordnet? Sprich Dich doch näher aus, wenn Du die Wahrheit nicht scheuen mußt!!

Seit Jahr und Tag gehen die Chruschtschow-Revisionisten nun schon mit ihren schmutzigen Geschichten über die "schweren Verbrechen" hausieren, die Genosse Stalin angeblich zugelassen haben soll. Und immer wieder stellt sich heraus, daß es sich entweder um bloße Lügen und Verleumdungen handelt oder um tatsächliche Verbrechen, welche die Revisionisten selber begangen haben, um die entscheidenden Positionen in ihre Hände zu bekommen und sich den Weg des Verrats freizumachen. Es ist ganz offensichtlich, daß Spira - wie seine so unvorsichtige Äußerung beweist - in dieser Hinsicht einiges erzählen könnte.

Die im Haß herausgestoßene Bemerkung des Herrn Spira gibt nicht nur ein aufschlußreiches Charakterbild dieses Menschen, sondern bezeugt auch den Grad seiner Intelligenz. Da bemühen er und seinesgleichen sich nun schon ein halbes Jahrzehnt lang, in "Humanismus" und "Toleranz" zu machen, sich scheinheilig über "Gewalt" und "Diktatur" zu entrüsten und vom "demokratischen", "friedlichen" und "unblutigen" Weg zu erzählen, den sie an Seite der SP-Führung zum Sozialismus gehen wollten - und plötzlich ereilt sie das Mißgeschick, in einem einzigen Satz alle diese endlosen Beteuerungen zu widerlegen. Freilich, dem Kapital, der Bourgeoisie, der Konterrevolution wollen Leute wie Spira kein Haar krümmen, ihnen gegenüber entwickeln sie vollendete Toleranz und friedliche Verständigung um jeden Preis. Bloß uns, den Marxisten-Leninisten gegenüber kennen sie keinen "friedlichen Weg" und keine "Toleranz". Sie wollen uns nur schlicht und einfach "an die Wand stellen".

KAMPFAKTIONEN WIENER ARBEITER

Wir legen dieser Nummer der "Roten Fahne" ein in hoher Auflage hergestelltes Massenflugblatt der MLÖ gegen die Habsburger-Umtriebe bei. Das Flugblatt wurde und wird von den örtlichen Gruppen der MLÖ laufend in Wohnvierteln, auf verkehrsreichen Straßen und Plätzen sowie vor Betrieben verteilt, wozu wir auch die aktive Unterstützung durch unsere Leser erbitten. Auf telefonische oder schriftliche Anforderung stellen wir die Flugblätter in der erforderlichen Anzahl gerne zu. Auch ein gegen die Habsburgerumtriebe gerichtetes Plakat steht für solche Zwecke zur Verfügung. ★

Im Rahmen solcher und ähnlicher Kampfkaktionen Wiener Arbeiter wurden in den letzten Wochen auch an verschiedenen markanten Punkten gegen den Habsburger und gegen Franco gerichtete Parolen angebracht. Der berüchtigte "Wiener Montag" vom 6. Juni 1966, dessen Sympathien für alle Spielarten des Faschismus uns schon bekannt sind, fand es daraufhin für notwendig, in großer Aufmachung gegen die "Hochkonjunktur der Schmierer" zu zetern. Besonders entrüstete sich das Schmierblatt darüber, daß an der francospanischen Botschaft in Wien, Argentinierstraße 34, Anti-Franco-Parolen angebracht worden waren, während an anderen Stellen zum "Kampf gegen Habsburg" aufgefordert wurde. Auch den Behörden waren die Inschriften eine peinliche Mahnung, weshalb man anordnete, ihnen mit Wasser und Bürste beizukommen.



WIENER POLIZEI VERSUCHT, DEN PROTEST GEGEN DIE FRANCO-DIKTATUR WEGZUWASCHEN

Ein Schlag gegen die Verleumder

Am Montag, den 20. Juni 1966 dementierte die offizielle Nachrichtenagentur der Demokratischen Republik Vietnam mit größter Schärfe die lügenerischen Behauptungen, wonach die VR China den Transport von Waffen und Ausrüstungsmaterial für Vietnam behindere. In der Aussendung werden solche Anschuldigungen als böswillige Erfindungen gebrandmarkt.

Bekanntlich gehen diese besonders schmutzigen Verleumdungen Volkschinas von den sowjetischen Revisionisten aus und werden von den Führungen diverser revisionistischer Parteien, darunter der KPÖ, als "interne Informationen" weiterverbreitet, von wo sie auch Eingang in die bürgerliche Presse gefunden haben.

KEHRTWENDUNG ZUR EWG

Unter dem Titel "Die KPI und der Gemeinsame Markt" - das Wort EWG wollte man nicht gleich in den Titel setzen, da es zu schlecht in den Ohren der Leser klingt - brachte die "Volksstimme" eine Stellungnahme des Generalsekretärs der KPI, Luigi Longo.

Dieser Spitzenreiter des Revisionismus erklärt in einem Interview, er und seinesgleichen wären schon immer für "Bemühungen und Formen der engeren internationalen Zusammenarbeit, ebenso der Integration (Zusammenschluß, A. d. R.) verschiedener nationaler Wirtschaften gewesen, sie hätten das schon immer als ein objektives Erfordernis der Entwicklung der Wirtschaft betrachtet ..."

Kein Wort darüber, daß die EWG ein Instrument der NATO und mit ihr untrennbar verbunden ist; kein Wort darüber, daß die westdeutschen Militaristen und Revanchisten in dieser imperialistischen Organisation führend sind; schon gar nicht darüber zu reden, daß diese sonderbaren "Kommunisten" keinen Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft machen und wie gute bourgeoise Propagandisten von dem "objektiven Erfordernis" sprechen, die nationalen kapitalistischen Wirtschaften in "Großräume", also in Mammutkonzerne, zusammenzuschließen!

Dieser italienische "Kommunist" verlangt nun nach dem "Proporz" Sitz und Stimme für seine Partei in der imperialistischen EWG, und zwar nicht, wie er ausdrücklich vermerkt, "mit dem Ziel, sie (die EWG, A. d. R.) zu vernichten und von innen her zu sprengen", wie unsere Gegner behaupten, sondern um innerhalb dieser Organisation für eine andere Politik zu kämpfen, die nicht die Politik der Trusts und Kartelle" sei.

Es wird nicht berichtet, ob die französischen Journalisten, denen Luigi Longo dieses sonderbare Interview gegeben hat, bei dem Gedanken, die NATO-Organisation EWG in eine Organisation des "sozialen Fortschritts" umzuwandeln, in Lachen ausgebrochen sind und ob sie Longo nicht

vorgeschlagen haben, einen Sitz auch im NATO-Rat selbst zu reklamieren, um vielleicht bei den Gottübersten der Imperialisten selbst für den "friedlichen Weg zum Sozialismus" Stimmung zu machen ...

Nun, diese Sache ist leider viel zu ernst, um länger darüber zu spaßen. Diese Herrschaften in der Führung der sich noch immer kommunistisch nennenden Parteien Italiens - und auch Frankreichs, die in dieser Hinsicht völlig gleichziehen - scheeren sich praktisch keinen Pfifferling um irgendeinen Weg zum Sozialismus, um einen wirklichen Kampf gegen den von den USA geführten Imperialismus, sondern ihr einziges Bestreben ist, mit dem höchsten Segen der Moskauer Revisionisten für eine NATO-Regierung in Italien bzw. Frankreich salonfähig zu werden. Und sie zerplatzen schier vor Neid bei dem Gedanken, daß es ihre Bruderpartei in Finnland trotz einer Wahlniederlage als erste "geschafft" hat. Sie dürfen - welches Glück für die Arbeiterklasse Finnlands! - endlich Minister spielen, in einer Regierung, der seine wohlwollende Haltung zu bekunden, der USA-Außenminister eigens einen Abstecher nach Helsinki machte.

So weit, so schlecht. Die Tatsache, daß auch die "Volksstimme", das Zentralorgan der KPÖ, das Longo-Interview kommentarlos - noch dazu in einer Sonntagsausgabe - abdruckt, beweist, daß die KPÖ-Führung auch in dieser Frage auf eine bevorstehende **K e h r t w e n d u n g** vorbereiten will. Das ist umso gefährlicher, als gerade jetzt die österreichische Regierung in beschleunigtem Tempo den Anschluß Österreichs an die EWG betreibt, der für unser Land faktisch nichts anderes wäre als der Anschluß an Westdeutschland. Wir sind davon überzeugt, daß die KPÖ-Führung auch für ihr Umschwenken in der EWG-Frage linksradikale Phrasen als Begründung finden wird. Schlicht und einfach gesagt, ist das aber Verrat an den nationalen und sozialen Interessen der österreichischen Arbeiterklasse!

J.F.



ERHOLSAMEN URLAUB

wünscht allen ihren Lesern und Aktivisten
die "ROTE FAHNE"



GEDANKEN ZU EINER GRUNDSATZERKLÄRUNG

Auf der Grundlage eines Entwurfes, der von Genossen Hans M. aus K. stammt, hat ein kleines Kollektiv von Genossen den folgenden Diskussionsbeitrag zu Fragen der politisch-ideologischen Grundlagen unserer Organisation erarbeitet und sich insbesondere bemüht, den grundlegenden Gegensatz zwischen revisionistischen und marxistisch-leninistischen Standpunkten zu zeigen. Wir würden es sehr begrüßen, individuelle oder kollektive Stellungnahmen und Kritiken zu dem vorliegenden Beitrag oder weitere Diskussionsbeiträge zu diesem Fragenkreis zu erhalten.

Die Redaktion

Wir haben nicht alle Weisheit in unserem Besitz und sind mit unserer Forschung nicht einmal noch auf den wichtigsten Gebieten zu einem befriedigenden Stand gekommen. Wir haben auch erst ein roh geschnittenes Bild der kommenden Partei und ihrer Politik vor uns. Doch wir denken, daß für dieses Bild unter anderem sechs Gesichtspunkte wesentlich sind, die auch in der so bald als möglich auszuarbeitenden programmatischen Erklärung der MLÖ berücksichtigt werden müßten:

1. Die internationale Linie: Die KPÖ folgt der revisionistischen Führung der KPdSU in deren Politik der Annäherung und Verständigung mit Kapitalismus und Imperialismus, d.h. auf dem Weg des Verrates der Revolution. Wir Marxisten-Leninisten dagegen billigen die auf die Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin gestützte bewährte Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, wie sie heute am prägnantesten und klarsten von der KP Chinas formuliert und vertreten wird. Wir unterstützen diese Generallinie nicht, weil sie "chinesisch", "albanisch", "japanisch" usw. ist, sondern weil wir sie auf Grund unserer marxistisch-leninistischen Überzeugungen und der in zahllosen Kämpfen der Arbeiterbewegung gewonnenen Erfahrungen für richtig halten.

2. Die innenpolitische Linie: Die KPÖ hat "Perspektiven" und "Thesen" der "Erneuerung der Demokratie" und der "Strukturreformen" innerhalb des kapitalistischen Systems auf ihre Fahnen geschrieben, die sich von einem sozialdemokratischen Programm nur mehr in untergeordneten Details unterscheiden. Die theoretische und strategische Linie der KPÖ verzichtet auf jede revolutionäre Perspektive und steht nun auf dem legalistischen Standpunkt: Zuerst setzen wir eine Reihe von Reformen

durch, die die Struktur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung umgestalten, gewinnen im Lauf der Zeit eine starke parlamentarische Vertretung und können schließlich nach Gewinnung einer parlamentarischen Mehrheit der "Arbeiterparteien" und ihrer linkskatholischen Verbündeten die politische Macht erlangen und auf friedliche, parlamentarische Weise den Sozialismus einführen. Wir Marxisten-Leninisten wissen, daß eine solche sozialdemokratische Vorstellung ganz und gar unreal, demagogisch und läppisch ist. Wir sind überzeugt und haben aus der Erfahrung der internationalen und der österreichischen Arbeiterbewegung gelernt, daß zum Sozialismus nur ein revolutionärer Weg führt. Das heißt aber, daß es in der Innenpolitik nach wie vor an Hand immer neuer Beispiele nachzuweisen gilt, daß der Kapitalismus das Grundübel unserer Epoche ist und bleibt, daß er nicht grundlegend (strukturell) reformiert werden kann, sondern beseitigt werden muß, daß man all die großen und dringenden sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit erst nach seinem Sturz und nach Errichtung einer Arbeitermacht wirklich lösen kann, die ihrem Wesen nach eine Diktatur des Proletariats, also eine Form der revolutionären Diktatur der arbeitenden Massen gegen eine schmarotzerische, ausbeuterische Minderheit ist. Eine solche Arbeitermacht wird aber nie das Produkt einer glücklichen parlamentarischen Konstellation sein, sondern stets nur Ergebnis einer siegreichen Revolution.

3. Die Partei als Avantgarde des Proletariats: Die KPÖ wird nicht mehr vom Willen und Wollen ihrer revolutionären Mitglieder und Funktionäre, nicht mehr von den Interessen der kämpfenden Arbeiterklas-

se geleitet, sondern von den persönlichen Zielen und Absichten einer dünnen Schicht von Führern, die sich vom arbeitenden Volk entfernt haben. Statt die historischen Aufgaben der Partei in den Vordergrund zu stellen, ist ihr vorrangiges Interesse das friedliche und vom kapitalistischen Staat wohlwollend geduldete Funktionieren eines sich selbst genügenden bürokratischen Apparats, der sie mit Positionen und Gehältern versorgt. Statt die Parteimitglieder revolutionär zu schulen, erziehen sie sie im Sinne sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Vorstellungen, statt sie in wirkliche Klassenkämpfe zu führen, beladen sie sie mit oft nutzlosem und unpolitischem Kram. Uns Marxisten-Leninisten dagegen ist nicht der Apparat, sondern sein historischer Zweck, nicht die Partei schlechthin, sondern ihre revolutionäre Aufgabe, nicht die bescheidene Gegenwart der Organisation, sondern das weltverändernde Ziel der proletarischen Bewegung, der sie dient, das Entscheidende und Übergeordnete. Bei den Mitgliedern der Organisation geht es uns nicht in erster Linie um die bloße Zahl, sondern um ihre Qualität, ihre Kampfkraft, d.h. vor allem um ihr politisches Niveau, ihre Massenverbindung und ihre Fähigkeit zur Leitung und Führung der sozialen Kämpfe. Wir müssen unsere Mitglieder

AN UNSERE LESER !

Wie alljährlich erscheint die "Rote Fahne" in den Urlaubsmonaten Juli und August nur in je einer regulären Nummer, also nun wieder am 1. August und am 1. September. Ab diesem Datum erscheinen die Nummern dann wieder in ihrer üblichen 14-tägigen Folge.

Eine Sondernummer, die sich mit dem bedeutsamen albanisch-chinesischen Treffen von April/Mai d.J. beschäftigt, ist in Kürze zu erwarten.

daher nicht nur sorgfältig auswählen, sondern in Theorie und Praxis unablässig schulen und erziehen. In innerorganisatorischer Hinsicht ist es notwendig, die breiteste innerparteiliche Demokratie gemäß den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus mit einer revolutionären Wachsamkeit zu verbinden, an der sowohl alle reaktionären Zersetzungs- und Durchdringungsmethoden als auch jederzeit mögliche Frontalangriffe der Reaktion scheitern.

4. Stete und konkrete Analysen der uns umgebenden kapitalistischen Ordnung: Schon seit langem studiert die KPÖ nicht mehr ernstlich die tiefliegenden inneren Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems im nationalen und internationalen Maßstab, sondern bleibt nach sozialdemokratischer Art an der Oberfläche der Erscheinungen. Das führt dazu, daß sie weder das Wesen des Kapitalismus im allgemeinen und die diesbezüglichen internationalen Erfahrungen, noch die Besonderheiten des Kapitalismus in unserem Land und die entsprechenden spezifischen Erfahrungen der österreichischen Arbeiterklasse richtig beurteilen und auswerten kann. Demgegenüber ist das genaue, allseitige Studium des Allgemeinen und des Besonderen des Kapitalismus in Österreich, die stete und gründliche Analyse der gesellschaftlichen Erscheinungen und Entwicklungen in unserem Land eine unserer vordringlichsten Aufgaben. Erst aus ihrer Lösung ergibt sich die notwendige klare Ausrichtung im wirtschaftlichen und politischen Kampf, erst dadurch wird es möglich sein, die arbeitenden Massen von der Richtigkeit unserer gesellschaftlichen Kritik und der Notwendigkeit der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zu überzeugen. Bei einer solchen Analyse muß es nach wie vor unsere Leitlinie sein, das kapitalistische System nicht bloß so zu sehen, wie es sich augenblicklich in einem einzelnen Land und in gewissen Momenten darstellt, sondern wie es sich im Gesamtbild seiner räumlichen und zeitlichen Erscheinungsformen letzten Endes offenbart: erfüllt von Krisen und Kriegen, von Aggression und Völkermord, unmenschlich und unerträglich in hundertfacher Beziehung, kurz, als zum Untergang bestimmt.

5. Die Arbeit in Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen: Die KPÖ hat auf diesem Gebiet neuerdings die Forderung nach Verwirklichung des Rechtes auf "Mitbestimmung" und "Mitverantwortung" der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Agitation gestellt. Sie hat damit im wesentlichen die Grundvorstellungen der reformistischen SP-Gewerkschaftsführer übernommen, die eine solche Konzeption mit dem Begriff "Sozialpartnerschaft" umschreiben. "Mitbestimmung" und "Sozialpartnerschaft" sind voneinander bestenfalls graduell verschiedene Versionen der alten Unternehmertheorie der "Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital". Während die Mitbestimmungs- und Sozialpartnerschaftsvorstellungen auf der Annahme weitgehend gleichgerichteter Interessen von Arbeitern und Kapitalisten ("Wir sitzen auf dem gleichen Ast") beruhen, stehen wir Marxisten-Leninisten auf dem Boden der Erkenntnis der grundsätzlichen Unvereinbarkeit der Interessen von Ausbeutern und Ausgebeuteten, einer zwischen ihnen existierenden unüberbrückbaren Kluft, die jede "gemeinsame" Lösung von Problemen insofern ausschließt, als jeder Erfolg der einen Seite nur auf Kosten der anderen Seite, also nur im Kampf gegen sie, nur auf Grund der Brechung ihres Widerstandes mit den Mitteln des Klassenkampfes, möglich ist.

Diese Erkenntnis bildet auch die Grundlage unserer Vorstellungen von den Aufgaben und Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Tätigkeit in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Die Gewerkschaften sind unseren marxistisch-leninistischen Auffassungen nach nicht Institutionen zur Erhaltung des "sozialen Friedens" durch Erzielung "paritätischer Lösungen", sondern müssen Organisationen des proletarischen Klassenkampfes gegen die Unternehmer sein. Ihre Ziele können sich nicht in der zeitweiligen Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse im Kapitalismus erschöpfen, sondern müssen auch die kämpferische Erziehung und Schulung der arbeitenden Massen bis zu jenem Punkt einbegreifen, an dem ihnen klar wird, daß ihre Interessen auf die Dauer nicht innerhalb, sondern

erst außerhalb der kapitalistischen Ordnung durchgesetzt werden können. Für die anderen Massenorganisationen des arbeitenden Volkes gilt Entsprechendes, da auch die speziellen und partiellen Interessen der Arbeiterschaft, denen diese Organisationen dienen, auf die Dauer nur dann wirksam wahrgenommen werden können, wenn eine Gesellschaftsordnung erkämpft ist, die alle politischen und sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Schranken der Ausbeuterordnung beseitigt hat.

6. Die Arbeit im Parlament und in den öffentlichen Vertretungskörperschaften: Die revisionistisch gewordene KPÖ jagt hier wie die nichtkommunistischen Parteien nach Sitzen, ohne sie freilich zu ergattern. Bei Nationalratswahlen verkauft sie willig alle früher hochgehaltenen Prinzipien und erntet dafür immer beschämendere Niederlagen. Unter den besonderen Bedingungen Österreichs wirkt sich das Einschwenken der KPÖ-Führung auf die Linie des parlamentarischen Kretinismus nicht nur verheerend auf die Arbeiterbewegung aus, sondern entfernt die Partei selbst immer weiter von der Aussicht, auch nur einen Parlamentsitz zu bekommen. Allerdings ist das nicht entscheidend: ob im Parlament auch ein oder zwei Revisionisten sitzen oder nicht, bleibt für die Arbeiterklasse praktisch belanglos.

Auch wir Marxisten-Leninisten beteiligen uns nach Möglichkeit an Wahlen ins Parlament oder sonstige Vertretungskörperschaften der bürgerlichen Demokratie, wir haben auch die Perspektive, eines Tages mit eigenen Abgeordneten ins Parlament einzuziehen. Für uns ist jedoch weder die Hoffnung auf Mandate noch die Tätigkeit eventuell durchgebrachter Mandatare das Entscheidende, sondern die kämpferische Mobilisierung der arbeitenden Massen außerhalb des Parlaments, insbesondere in den Betrieben und auf der Straße. Gerade für eine solche Mobilisierung bietet jedoch sowohl die Beteiligung unserer Organisationen an Wahlkämpfen, als auch die Tätigkeit marxistisch-leninistischer Mandatare günstige Möglichkeiten und Handhaben, die man keineswegs unbenützt lassen darf.